



BILD: ALBEN WITTEBÄCKE/EPRESS

FDP-Nationalrat Philipp Müller: «Man kann sich schon fragen: Ausgerechnet diese Institution, welche diese Vorlage verursacht hat, macht den grössten Lärm.»

«Die UBS macht sich unmöglich»

Der Aargauer FDP-Nationalrat Philipp Müller über die Grossbankenvorlage

Philipp Müller glaubt, dass die «Too big to fail»-Vorlage durchs Parlament kommt. Und er kritisiert die Führungsspitze der UBS scharf.

VON BEAT SCHMID

Der Bundesrat hat die Botschaft zur «Too big to fail»-Vorlage verabschiedet. Ist das in Ihrem Sinn?

Philipp Müller: Ja. In der Vernehmlassung hatten wir Vorbehalte im Bereich der Organisation. Wir fanden es falsch, dass die Finma schon im Voraus festlegen kann, wie sich die Bank im Krisenfall zu organisieren hat. Das hat der Bundesrat nun geändert, sodass die Banken nun selbst Notfallpläne nachweisen müssen, wie das die Expertengruppe vorgeschlagen hatte.

19 Prozent Eigenkapital für CS und UBS ist auch in Ihrem Sinn?

Absolut. Wichtig ist zudem, dass auch eine Leverage Ratio eingebaut wird. Das heisst: eine Eigenkapitalquote gemessen an der Bilanzsumme. Bei den risikogewichteten Aktiven können die Banken herumschrauben, bei der Leverage Ratio nicht.

Wenn Sie von «wir» sprechen, wen meinen Sie damit genau? Die FDP als Ganzes können Sie ja nicht meinen?

Primär meine ich den Vorstand der FDP Schweiz, in dem ich Mitglied bin. Dann meine ich auch die FDP-Mitglieder der Wirtschafts- und der Finanzkommission.

Wie geeint ist die FDP in dieser Frage?

All jene Mitglieder, die sich mit der Thematik befassen haben, stehen geschlossen hinter der Vorlage.

Aber Ruedi Noser, Doris Fiala, Filippo Leutenegger und die Genfer FDP-Kollegen dürften sehr skeptisch sein?

Die Vernehmlassung ist innerhalb der FDP sehr breit abgestützt, ich kann daher davon ausgehen, dass sich die Fraktion anschliessen wird.

Sagt das Parlament Ja?

Die Vernehmlassungen der Parteien deuten klar in diese Richtung. Ein Problem sehe ich allerdings bei der Beratungszeit. Es wird kaum möglich sein, die sehr komplexe Vorlage in der

dafür vorgesehenen kurzen Zeit seriös zu beraten.

Die Grossbanken werden das Lobbying jetzt massiv herauffahren.

Mag sein, dass sie das tun werden. Aber aus Sicht der Banken bin ich ein hoffnungsloser Fall und daher auch nie angegangen worden.

Sind andere angegangen worden?

Das weiss ich nicht. Ich würde das auch nicht merken. Zudem käme das bei mir auch schräg an. Das Lobbying ist generell ineffizient – viel Aufwand, wenig Wirkung.

Was halten Sie von den öffentlichen Auftritten der UBS-Führung?

Diese Auftritte kommen nicht gut an. Man kann sich schon fragen: Ausgerechnet die Institution, welche diese Vorlage verursacht hat, stemmt sich am heftigsten dagegen. Aus Marketersicht ist das kontraproduktiv. Mir tun alle Mitarbeiter der UBS leid, die tagtäglich eine seriöse Arbeit leisten. Sie schütteln ja auch den Kopf über das Verhalten ihrer Führungscrew. Die Leute am Schalter müssen das Debakel ausbaden. Sie werden angepöbelt. Das höre ich von UBS-Mitarbeitern bis ins mittlere Kader hinauf.

Demnach machen CEO Oswald Grübel und Präsident Kaspar Villiger ziemlich viel falsch?

Mit dem, was sie tun, erreichen sie das Gegenteil. Die Aufgabe des Parlaments ist es zu verhindern, dass der Steuerzahler

nochmals eine Grossbank retten muss. Ich erinnere daran, dass wir die UBS letzten Sommer bereits ein zweites Mal rausgehauen haben mit dem Staatsvertrag mit den USA. Ich war damals Kommissionssprecher. Es war nicht gerade angenehm, diese Sache öffentlich zu vertreten. Wenn ich daran zurückdenke, dann habe ich wirklich kein Verständnis für das Verhalten der UBS-Führung.

Was halten Sie von Parteikollege Kaspar Villiger?

Herrn Villiger persönlich zu werten, masse ich mir nicht an. Er ging als Vermittler zwischen der Politik und der Bankenwelt zur UBS. Dieser Rolle wird er nicht gerecht. Er kommt als reiner VR-Präsident einer Grossbank rüber. Das ist wohl auch sein Auftrag. Aber er vertritt nicht einen starken Finanzplatz mit solid kapitalisierten Grossbanken. Es ist schon seltsam, dass die Credit Suisse mit dieser Aufgabe offenbar viel besser zurechtkommt. Sie baut einen Markt für Pflichtwandelanleihen auf. Man kann fast sagen: vorbildlich.

Sie vertrauen der Credit Suisse?

Bis heute habe ich keinen Grund, daran zu zweifeln. Die CS kann ja zurücklehnen und zusehen, wie sich die UBS unmöglich macht. Nehmen Sie die Präsentation der Jahreszahlen: Oswald Grübel stand hin und sagte, 7 Milliarden Franken Gewinn sind zu wenig, wir möchten 15 Milliarden, und wir wollen eine Eigenkapitalrendite von über 20 Prozent. Das ist die Philosophie der UBS, die für mich nicht nachvollziehbar ist. Es ist interessant zu beobachten, dass die andere Grossbank eine ganz andere Philosophie vertritt. Sie setzt auf eine gute Kapitalisierung, also höhere Sicherheit und erteilt den extrem hohen Renditen eine Absage.

Vertreiben Sie die UBS mit ihrer Politik aus der Schweiz?

Die ständige Drohung mit dem Exodus stumpft mich allmählich ab. Wohin soll den ausgelagert werden? Nach London? Wohl kaum, auch dort wird die Schraube angezogen. Oder nach Amerika? Schlicht undenkbar: Die würden noch härtere Rahmenbedingungen vorgeben. Nach Singapur? Dann ist das Label Schweiz weg, was völlig absurd wäre. Die Schweiz ist heute so erfolgreich und attraktiv wie nie.

Kurer lobt Regulierung

Ex-UBS-Verwaltungsratspräsident Peter Kurer lobt die schärfere Bankenregulierung. In der DRS-«Samstagsrundschau» sprach Kurer gestern von einer «**ausgewogenen und durchdachten Lösung**», welche der Bundesrat vorgelegt habe. Er hofft, dass die Vorschläge im Parlament durchkommen. «Die Schweizer Grossbanken CS und UBS werden mit den schärferen Regeln international **nicht schlechter dastehen**.» Damit vertritt Kurer eine andere Meinung als die heutige UBS-Führung, die sich gegen die schärferen Eigenkapitalvorschriften wehrt.